

Zwischen Fremdenfeindlichkeit und Solidarität: Einstellungen in der Bevölkerung gegenüber Flüchtlingen

In Zeiten steigender Flüchtlingszahlen in Europa und Deutschland nehmen Demonstrationen gegen Not- und Aufnahmeunterkünfte zu, zum Teil kommt es auch verstärkt zu rechtsextremen Angriffen. Statt von einer Wiederkehr der Pogrome der 1990er Jahre sprechen Experten von einer stark polarisierten Gesellschaft und heben das zivilgesellschaftliche Engagement und die weit verbreitete Solidarität gegenüber Flüchtlingen hervor.

Im Jahr 2014 sind 162 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte registriert worden, nahezu doppelt so viele wie in den beiden Vorjahren zusammen (2012: 24, 2013: 58). Dies geht aus einer Antwort

der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linkspartei (BT-Drs. 18/3964) hervor. Die vorläufige Statistik des Bundeskriminalamtes relativiert die landläufige These, von Fremdenhass motivierte Anschläge seien insbesondere ein ostdeutsches Phänomen. Mit 92 Angriffen sind aber immer noch etwas mehr als die Hälfte aller Anschläge in den neuen Bundesländern verzeichnet worden. Darüber hinaus wurden 79 Proteste gegen Flüchtlingsunterkünfte gezählt, davon 41 in den neuen Bundesländern. Abgeordnete der Linkspartei kritisierten, dass die Pegida-Demonstrationen (vgl. Ausgabe 1/15) nicht in den Zahlen auftauchen, obwohl ein Zusammenhang zwischen diesen und dem rasanten Anstieg der Übergriffe im letzten Quartal 2014 bestehe. Die Amadeu Antonio Stiftung und Pro Asyl haben im vergangenen Jahr 270 flüchtlingsfeindliche Demonstrationen und Kundgebungen dokumentiert. In der Stadt Tröglitz in Sachsen-Anhalt überschlugen sich die Ereignisse, als Politiker, die sich für Flüchtlinge einsetzten, persönliche Drohungen erhielten und ein geplantes Flüchtlingsheim in Brand gesetzt wurde.

Die derzeit zum Teil feindselige Stimmung sowie die Angriffe auf Flüchtlinge werden mit der Situation in den frühen 1990er Jahren verglichen, als mit den Flüchtlingszahlen infolge der Jugoslawienkriege auch die Übergriffe auf Asylbewerberunterkünfte stark angestiegen waren. Auch jetzt würden Stimmen, die Zuwanderung ablehnen, „lauter und handlungsorientierter“, befindet der Bielefelder Konfliktforscher Andreas Zick. Zudem schafften es Rechtsextreme in bestimmten Bevölkerungsteilen durch populistische Hetze und Verunsicherung, die gegenwärtige Angst vor sozialem Abstieg und Benachteiligung zu instrumentalisieren (vgl. Ausgabe 7/14). Kommunale Bemühungen um Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen werden in Teilen der Bevölkerung als ungerecht wahrgenommen. Jedoch beobachtet Zick an vielen Orten auch eine starke Zivilgesellschaft, die für Flüchtlinge eintritt, und spricht angesichts dieser divergierenden Tendenzen von einer stark polarisierten Gesellschaft. Einige Studien würden Zick zufolge zeigen, dass ein Drittel der Bevölkerung offen gegenüber Zuwanderung

Inhalt

Einstellungen in der Bevölkerung gegenüber Flüchtlingen	1
Nationale Modelle zur Steuerung von Arbeitsmigration im Vergleich	2
Deutsche Bevölkerung schrumpft und altert trotz Zuwanderung	4
Europäische Union: Flüchtlingstragödie löst neue Debatte aus	6
„Kein Land kann die Flüchtlingsproblematik alleine lösen“	8
Widersprüchliche Signale aus Griechenland in Flüchtlingsfragen	10
Kenia: Weltweit größtes Flüchtlingslager vor dem Aus?	11
Kurzmeldungen	
Deutschland	2, 4
Europa	6, 7
Welt	10, 11
Infothek	12

Dieses Projekt
wird gefördert
durch die

ist, während sich fremdenfeindliche Einstellungen bei einem weiteren Drittel stabilisieren.

Dass es ein starkes Gegengewicht zu den einwanderungsfeindlichen Haltungen in einigen Teilen der Bevölkerung gibt, verdeutlichen auch die zahlreichen Initiativen und Demonstrationen, die sich solidarisch mit Flüchtlingen zeigen beziehungsweise von diesen selbst organisiert werden.

Ferner geht aus einer Befragungsstudie zu den Strukturen und Motiven der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) hervor, dass die Zahl der freiwillig Engagierten in diesem Bereich in den letzten drei Jahren um durchschnittlich 70 % gestiegen ist. Allein ein Viertel der Interviewten ist demnach in der Sozialberatung tätig oder hilft bei der Wohnungssuche. Das Engagement entstehe oft spontan aus einer Notwendigkeit und aufgrund von fehlenden oder versagenden staatlichen Strukturen (vgl. Ausgaben 1/15, 8/14). Einer der Autoren der Studie, der Forscher Serhat Karakayali, mahnt jedoch, dass „Ehrenamtliche staatliche Aufgaben nur im Notfall ergänzen, keinesfalls aber ersetzen“ dürften.

Neben dem zivilgesellschaftlichen Engagement wächst auch die allgemeine Solidarität mit Flüchtlingen. Einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Emnid zufolge würde jeder vierte Befragte Flüchtlinge bei sich zu Hause aufnehmen. Sogar 76 % betrachten die Einrichtung eines Flüchtlingsheims in ihrer unmittelbaren Umgebung als unproblematisch.

Auch Protestmärsche, Hungerstreiks und Anti-Abschiebeaktionen für die Stärkung der Rechte der Flüchtlinge haben in den letzten Jahren zugewonnen. Eine der erfolgreichsten Protestformen gegen eine rigide Abschiebepolitik ist das Kirchenasyl, wie erste Ergebnisse eines Forschungsprojekts der Universität Osnabrück belegen (vgl. Ausgabe 6/14). So sind 2013 in 95 % der insgesamt 79 Kirchenasyle Abschiebungen nach erneuter Prüfung ausgesetzt worden, wie Migrationsforscherin Helen Schwenken belegt. Diese Entscheidungen seien entgegen der Auffassung des Innenministers Thomas de Maizière (CDU) als „Korrektiv zu den staatlichen Abschiebeentscheidungen“ anzusehen, so Schwenken weiter. De Maizière hatte im Februar eine Debatte über die Rechtmäßigkeit des Kirchenasyls entfacht (vgl. Ausgabe 2/15). *Stephan Liebscher*

Kurzmeldungen – Deutschland I

Schulbuchstudie zur Darstellung von „Migration und Integration“

Das Thema Migration wird in Schulbüchern vorwiegend problematisiert und eher selten als Normalfall dargestellt. Integration wird für unverzichtbar für den gesellschaftlichen Zusammenhalt erklärt, ohne dass der Begriff konkretisiert, differenziert oder als Schlagwort im gesellschaftlichen Diskurs kritisch diskutiert wird. Das ist das zentrale Ergebnis einer Studie im Auftrag der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration Aydan Özoğuz (SPD), die das Georg-Eckert-Institut (GEI) in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Bildungsintegration an der Universität Hildesheim zur Darstellung von Migration in Schulbüchern durchgeführt hat. Dafür wurden 61 Schulbücher der Fächer Sozialkunde/Politik, Geschichte und Geographie an Gymnasien und Realschulen untersucht. Bei der Vorstellung der Studie Mitte März hob die Staatsministerin positiv hervor, dass die betrachteten Sozialkundebücher Deutschland explizit als Einwanderungsland darstellen, in dem Menschen unterschiedlichster Herkunft ihre Heimat haben. Wichtig sei es, mit Vielfalt reflektiert und positiv umzugehen. „Klischees oder gar diskriminierende Darstellungen haben in Schulbüchern nichts zu suchen“, sagte Özoğuz. Die Autoren der Studie empfehlen die Entwicklung diversitätssensibler Schulbücher und anderer Bildungsmedien, die Vielfalt als Normalität darstellen und deren Chancen hervorheben (vgl. Ausgabe 2/15). *fr*

Nationale Modelle zur Steuerung von Arbeitsmigration im Vergleich: Von der Schwierigkeit, die „richtigen“ Instrumente zu kombinieren

Die Steuerung von Migration orientiert sich vor allem an den Bedürfnissen der jeweiligen Arbeitsmärkte. Auch in der Europäischen Union dominieren überwiegend nationale Modelle zur Migrationssteuerung. Ausnahme ist hier die EU-weite Regelung zur Blue Card. Das neue Jahresgutachten des Sachverständigenrats für Integration und Migration vergleicht die Modelle der Migrationssteuerung und ihre jeweiligen gesetzlichen Instrumente in Kanada, Schweden, Österreich und Deutschland. Demnach werden reine Formen von humankapital- oder arbeitsmarktorientierten Steuerungsverfahren tendenziell durch neue Mischformen ersetzt.

Fachkräftemangel, alternde Gesellschaften oder steigender Bedarf an Hochqualifizierten: Für diese aktuellen Herausforderungen soll die nationale Migrationssteuerung die richtigen Lösungen bereithalten. Die Steuerung der Zuwanderung ist ein wichtiger Bestandteil der politischen und gesellschaftlichen Debatte geworden. Dabei löst eine aus nationalstaatlicher Sicht gelungene Steuerung von Migration

manche Engpässe auf dem Arbeitsmarkt. Gleichzeitig zielen Steuerungsversuche aber immer auch auf Möglichkeiten, die legale Zuwanderung bestimmter Migranten einzuschränken oder zu verhindern.

Migrationssteuerung als Arbeitsmarktpolitik:

Das Jahresgutachten 2015 des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) zeigt, dass sich bei den derzeitigen Regelungen zur Arbeitsmigration grundlegend drei Arten von üblichen Instrumenten zur Migrationssteuerung unterscheiden lassen: Regelungen, die entweder den Arbeitsvertrag oder aber den Arbeitskräftebedarf in bestimmten Bereichen in den Mittelpunkt stellen, sowie personenbezogene Instrumente, die auf individuelle Fähigkeiten und Kenntnisse potenziell Einreisewilliger zielen.

Eines der oft zitierten Beispiele für die Fokussierung auf dieses sogenannte Humankapital in der Migrationssteuerung ist Kanada. Ursprünglich sollte jeder nach Kanada einwandern dürfen, der sich in einem „Punktesystem“ über Kriterien wie den Bildungsabschluss, Berufserfahrungen und Sprachkenntnisse qualifizierte – unabhängig von einem bestehenden Arbeitsplatzangebot oder Engpässen auf dem kanadischen Arbeitsmarkt. Das SVR-Jahresgutachten zeigt, dass ein rein auf Humankapital orientierter Ansatz auf lange Sicht nicht das optimale Ergebnis liefert. Das kanadische Verfahren war für Zuwanderer mit langen Wartezeiten bis zu sechs Jahren verbunden und bildete keine Sicherheit, einen den eigenen Qualifikationen entsprechenden Arbeitsplatz zu finden. Nach der Novellierung ist nun auch in Kanada ein konkretes Jobangebot oder eine Qualifizierung in einem definierten Mangelberuf vor einer Prüfung nach dem Punktesystem nachzuweisen. Das Punktesystem hatte in den letzten Jahren nur durch diese vorgeschalteten Instrumente seine gewünschte Wirkung erzielen können (vgl. Ausgaben 2/15, 4/14, 2/12).

Diese Prüfung der „Verwertbarkeit“ des Humankapitals von Einreisewilligen auf dem Arbeitsmarkt war in Deutschland, Schweden und auch Österreich lange Zeit das dominierende Instrument der Wahl. Reformen in Deutschland (2012) und Österreich (2011) haben jedoch auch hier zu einer Aufweichung dieses Prinzips geführt, heißt es im Gutachten des SVR. So sind mit der Einführung des § 18c Aufenthaltsgesetz in Deutschland und der Rot-Weiß-Rot-Karte (RWR-Karte, vgl. Ausgabe 7/13) in Österreich neue Mischformen der Migrationssteuerung entstanden. Für Deutschland wurde mit der Neuregelung die Bedingung eines notwendigen Arbeitsvertrags aufgehoben und eine freie Arbeitsplatzsuche für Hochqualifizierte ermöglicht. Ein spezielles Visum erlaubt ihnen, sich bis zu sechs Monate im Land aufzuhalten und einen den eigenen Qualifikationen entsprechenden Arbeitsplatz zu suchen. In Österreich wurde bei der Zuwanderung zusätzlich das Erreichen einer Mindestpunktzahl gefordert, wie das in Kanada der Fall ist. Im Dezember 2014 beschlossene neue Re-

gelungen im deutschen Aufenthaltsgesetz sowie Teile der RWR-Karte beziehen erstmals auch qualifizierte Facharbeiter mit ein (vgl. Ausgaben 9/14, 3/13).

Dennoch zielt die Mehrheit der hier skizzierten Maßnahmen weiterhin darauf, passgenaue Lösungen für die jeweiligen Arbeitsmärkte zu finden, die sich primär an der nationalen Nachfrage orientieren. Die legale Einreise von Zuwanderern mit geringeren oder aktuell weniger gefragten beruflichen oder akademischen Qualifikationen erleichtern sie nicht. Auch eine Möglichkeit zur Ermittlung gesamteuropäischer Bedarfe schließen die zum Teil widersprüchlich gestalteten nationalen Regelungen aus. Eine EU-weite Harmonisierung gibt es nur in Ansätzen, etwa im Bereich der Einwanderung von Hochqualifizierten über die EU Blue Card (vgl. Ausgaben 6/13, 4/12, 9/11). Die Steuerung von Arbeitsmigration bleibt also weitgehend den einzelnen Nationalstaaten überlassen.

Gemischte Migrationsströme als Folge aktiver Steuerung der Arbeitsmigration? In der aktuellen Debatte um die steigenden Flüchtlingszahlen wird oft von „Mixed Migration Flows“ gesprochen. Darunter wird eine Mischung individueller Profile und Auswanderungsgründe von Migranten innerhalb einer Zuwanderungskategorie verstanden. Im Bereich der Asilmigration bedeutet dies, dass nicht nur Migranten einen Asylantrag stellen, die humanitären Schutz suchen, sondern auch Personen, die in Europa arbeiten wollen, aufgrund der restriktiven Arbeitsmigrationspolitik aber keine Möglichkeit haben, einen regulären Aufenthaltsstatus zu erhalten. Ein Asylantrag wird dabei oftmals als einzige legale Zuwanderungsmöglichkeit gesehen. Somit hat die Steuerung der Arbeitsmigration auch einen direkten Einfluss auf die Zusammensetzung anderer Zuwanderungsarten. Übergänge zwischen beispielsweise dem Asylverfahren und der regulären Arbeitsmigration sind in Deutschland jedoch nicht vorgesehen. Der SVR hatte diese in den vergangenen Jahren abgelehnt und bleibt auch im aktuellen Gutachten bei dieser Haltung. Befürchtet wird eine verstärkte Nutzung des humanitären Asylzugangs durch Arbeitsmigranten.

Ausblick: Die „richtigen“ Instrumente für eine sinnvolle Migrationssteuerung zu finden bleibt auch nach den gesetzlichen Neuerungen der vergangenen Jahre eine beständige Aufgabe in Deutschland und anderen europäischen Ländern. Oft ändern sich die Bedarfe auf den nationalen Arbeitsmärkten und es muss mit neuen oder geänderten Instrumenten nachgesteuert werden. Ob jedoch die gewählten Instrumente zum gewünschten Ergebnis führen, zeigt sich oft erst in der Rückschau nach einigen Jahren. Dies mag nicht nur an der Wahl der „richtigen“ Instrumente liegen, sondern auch grundsätzlich daran, ob sich Migration durch solche Regelungen tatsächlich nachhaltig steuern lässt. Man spricht hier auch von der „Autonomie der Migration“, die ihre eigene Dynamik entfaltet und sich Steuerungsversuchen

entziehen kann. Zudem bleibt fraglich, ob mit den legalen Zuwanderungsbeschränkungen Migranten nicht nur zunehmend in „Graubereiche“ und unsichere Zugänge wie die Illegalität gedrängt werden.

Manuel Assner ist Diplom-Volkswirt und M.A. in interdisziplinären Lateinamerikastudien. Er promoviert im DFG-Graduiertenkolleg Entre Espacios der Freien Universität Berlin zum Einfluss des Aufenthaltsstatus von lateinamerikanischen Migranten in Spanien auf ihr Rücksendeverhalten.

Deutsche Bevölkerung schrumpft und altert trotz Zuwanderung

Die Bevölkerung Deutschlands wird in den kommenden Jahrzehnten stark altern und selbst bei anhaltender Zuwanderung abnehmen. Dies geht aus der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung hervor, die das Statistische Bundesamt am 28. April vorstellte. Die Zahlen bestätigen einmal mehr, dass Deutschland künftig noch mehr Zuwanderung benötigt, um den Arbeitskräftebedarf und das Sozialstaatsprinzip zu sichern.

„Deutschland braucht Zuwanderung und Deutschland profitiert von Zuwanderung“, sagte Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) bei den vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge organisierten Nürnberger Tagen für Integration im April. Wie dringend Deutschland auf Zuwanderung angewiesen ist, zeigt die neue Bevölkerungsvorausberechnung.

Während die vorherigen Prognosen noch auf der Fortschreibung der Volkszählung von 1987 basierten (vgl. Ausgaben 10/06, 6/03), stützt sich die 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung auf die Fortschreibung des Zensus 2011. Dieser zeigte, dass die Bevölkerung Deutschlands um etwa 1,5 Mio. Personen geringer war als bis dahin angenommen (vgl. Ausgabe 5/13). Die Autoren entwickelten verschiedene Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung in Deutschland bis 2060 auf der Basis unterschiedlicher Annahmen zu Geburtenhäufigkeit, Lebenserwartung und Wanderungssaldo.

Im Unterschied zu früheren Berichten geht die neue Prognose davon aus, dass die Bevölkerungszahl Deutschlands (2013: 80,8 Mio.) aufgrund der aktuell relativ hohen Zuwanderung in den kommenden fünf bis sieben Jahren wachsen wird. Langfristig wird sie jedoch schrumpfen. Im Falle einer annähernd gleichbleibenden Geburtenhäufigkeit von 1,4 Kindern pro Frau und einer moderaten Erhöhung der Lebenserwartung würde die Zahl der Gesamtbevölkerung bis 2060 auf einen Wert zwischen 77,6 Mio. und 67,6 Mio. Menschen

Kurzmeldungen – Deutschland II

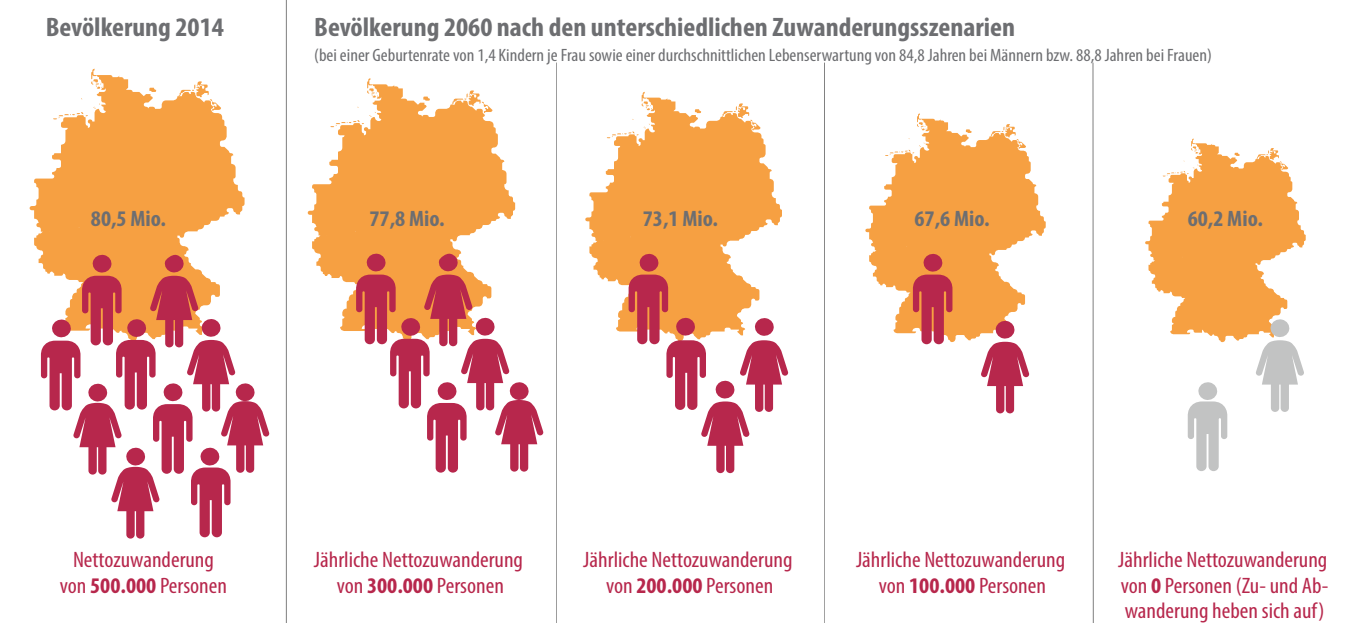
Bundeskonzferenz der Integrationsbeauftragten: Kultursensible Pflege ausbauen

Die diesjährige Bundeskonferenz der Integrationsbeauftragten von Bund, Ländern und Kommunen am 27./28. April widmete sich dem Themenkomplex „Gesundheit und Pflege in der Einwanderungsgesellschaft“. Staatsministerin Aydan Özoğuz diskutierte mit den Integrationsbeauftragten der Länder und Kommunen über Herausforderungen und Entwicklungspotenziale in der kultursensiblen Pflege sowie Perspektiven der interkulturellen Öffnung von Krankenhäusern, Arztpraxen und ambulanten Diensten (vgl. Ausgabe 10/08). Diese sei notwendig, um zu gewährleisten, dass alle Menschen in Deutschland „gleichermaßen vom hohen Standard unseres Gesundheits- und Pflegewesens profitieren“, sagte die Ministerin zum Auftakt der Veranstaltung. Özoğuz forderte eine Verbesserung bei der medizinischen Versorgung von Flüchtlingen (vgl. Ausgabe 9/14) und sprach sich diesbezüglich für die bundesweite Einführung einer Chipkarte für Asylsuchende nach dem Bremer Modell aus. In Bremen können Flüchtlinge mit ihrer Karte direkt einen Arzt aufsuchen, ohne den Arztbesuch vorab bei den Behörden beantragen zu müssen. *fr*

schrumpfen, je nachdem, ob jährlich 300.000, 200.000 beziehungsweise 100.000 Menschen mehr ein- als auswandern. Im unwahrscheinlichen Extremfall eines Wanderungssaldos von Null würde die Bevölkerung sogar auf nur 60,2 Mio. Menschen zurückgehen (siehe Grafik). Seit Jahrzehnten schon kann die Zahl der Geburten die Sterbezahlen nicht ausgleichen. Um dieses Geburtendefizit langfristig auszugleichen, wäre ein jährlicher Wanderungssaldo von etwa 500.000 Personen notwendig.

Die weiterhin abnehmende Zahl der Geburten sowie die Alterung der besonders starken Jahrgänge der 1950er und 1960er Jahre (sog. „Babyboomer“) wird zu „gravierenden Veränderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung“ führen, heißt es in dem Bericht weiter. Während heute noch 61 % der Bevölkerung Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 64 Jahren sind, werde dieser Bevölkerungsteil bis 2060 – je nach Variante – auf einen Wert zwischen 53 % und 50 % sinken (2030: 55 %). Der Bericht geht nur am Rande auf die aus dem demografischen Wandel resultierenden Konsequenzen für Arbeitsmarkt und soziale Sicherungssysteme ein. Er beschreibt vor allem mögliche Entwicklungen von Altersstruktur, Wanderung, Geburten und Sterbefällen in unterschiedlichen Szenarien. Dennoch wird deutlich, dass die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bei allen Annahmen schrumpft, während die Bevölkerung im Rentenalter wächst. Damit steht der Sozialstaat absehbar vor gravierenden Herausforderungen.

Auswirkungen der Nettozuwanderung auf die prognostizierte Bevölkerung im Jahr 2060



Quelle: Bevölkerung Deutschlands bis 2060 – 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, www.destatis.de Migration und Bevölkerung 2015, <http://www.migration-info.de> | Infografik: Thomas Hummitzsch

Derzeit verlangsamt die verstärkte Zuwanderung aus Ost- und Südosteuropa die Alterung der Bevölkerung. Die Gesellschaften in diesen Regionen sind jedoch ebenso stark von Alterungsprozessen betroffen wie die deutsche. In ein bis zwei Jahrzehnten werden dort deutlich weniger Menschen im „wanderungsaktiven“ Alter sein, so dass das Statistische Bundesamt bereits bis 2030 mit einem deutlichen Rückgang der Zuwanderung aus jenen Regionen rechnet. Insgesamt werde sich der „Bedarf an einer Anwerbung von Arbeitskräften“ in Deutschland weiterhin erhöhen. Zugleich steige das Zuwanderungspotenzial aus Regionen mit jungen und wachsenden Bevölkerungen in Afrika und Asien.

Auch in der wirtschaftsnahen Bertelsmann-Stiftung sowie beim arbeitgebernahen Kölner Institut für Wirtschaft (IW) will man sich nicht auf die aktuell hohe Zuwanderung aus EU-Mitgliedstaaten verlassen. Unabhängig voneinander fordern Experten beider Institutionen mehr Einwanderung aus Drittstaaten. In der vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und der Coburger Hochschule für angewandte Wissenschaften verfassten Bertelsmann-Studie *„Zuwanderungsbedarf aus Drittstaaten in Deutschland bis 2050“* schlussfolgern die Autoren, dass Deutschland bis 2050 jährlich eine Nettozuwanderung von 276.000 bis 491.000 Personen benötigt, um die Zahl der Arbeitskräfte und das Sozialsystem stabil zu halten. Dabei sei Deutschland auf Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten angewiesen, weil der demografische Wandel in der gesamten EU die Bevölkerung schrumpfen lasse und bei einer wirtschaftlichen Erholung der Krisenländer der Anreiz zur Auswanderung schon bald sinken werde.

Eine geringere Zuwanderung aus diesen Staaten hätte schwerwiegende Folgen für Arbeitsmarkt und Sozialkassen in Deutschland, wie das IW auf seiner Frühjahrstagung deutlich machte. Langfristig sei daher ein stärkerer Zuzug aus asiatischen, lateinamerikanischen und afrikanischen Staaten notwendig. Nur mit einem für mobile Fachkräfte attraktiven Einwanderungsgesetz könne Deutschland dem absehbaren Arbeitskräftemangel beikommen, sagte IW-Direktor Michael Hüther Mitte April. „Wenn wir nicht heute unsere Zuwanderungsregeln auf die demografiestarken Länder ausrichten, dann kommen aus diesen Ländern auch langfristig keine Menschen zu uns.“

Neben mehr Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften braucht es auch eine bessere Ausschöpfung des vorhandenen Arbeitskräftepotenzials, wie die *Arbeitsmarktprognose 2030* sowie der *Berufsbildungsbericht 2015* verdeutlichen. Noch nicht ausgeschöpftes Potenzial sei vor allem bei Frauen und bei Menschen mit Migrationshintergrund vorhanden, hieß es bei der Vorstellung der Arbeitsmarktprognose 2030 am 2. Februar. Es gäbe einen „erheblichen Handlungsbedarf zur Verbesserung der Ausbildungschancen junger Menschen mit Migrationshintergrund“, heißt es in der *Mitteilung* des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zum neuesten Berufsbildungsbericht. Die Ausbildungsanfängerquote junger Ausländer (32 %) liegt deutlich unter der junger Deutscher (57 %). Darüber hinaus gäbe es noch ungenutzte Potenziale in der Gruppe der Asylsuchenden, Geduldeten und Kontingentflüchtlinge, heißt es im Bundesbildungsbericht. *Stefan Alscher, Thomas Hummitzsch*

Europäische Union: Flüchtlingstragödie löst neue Debatte aus

Im April starben erneut zahlreiche Migranten bei dem Versuch, über das Mittelmeer nach Europa einzureisen. Die EU-Staatschefs reagierten darauf mit umfangreichen Beschlüssen. Das Europäische Parlament, die Vereinten Nationen sowie zahlreiche Flüchtlingsorganisationen halten diese allerdings für zu stark auf die Abwehr von Migranten fokussiert.

Am 18. April starben im Mittelmeer bis zu 800 Menschen, als ein völlig überfülltes Schiff rund 110 Kilometer vor der libyschen Küste sank. Die genaue Zahl der Opfer ist unbekannt, sie basiert auf Aussagen der wenigen Überlebenden. Nur 28 Passagiere konnten von der Besatzung eines Handelsschiffes gerettet werden. Wahrscheinlich ist das Boot gekentert, als sich ein Frachtschiff näherte, das auf ein Hilfesignal reagiert hatte. Augenzeugen zufolge waren viele Passagiere auf die Seite des Frachtschiffes gedrängt, wodurch das Boot kippte. Die hohe Opferzahl sei Überlebenden zufolge darauf zurückzuführen, dass viele Passagiere in den unteren Decks des Schiffs eingeschlossen waren. Insgesamt sind im Jahr 2015 nach [Angaben](#) der Internationalen Organisation für Migration (IOM) bereits rund 1.800 Migranten bei der Überfahrt über das Mittelmeer gestorben, deutlich mehr als im Vorjahreszeitraum. Im gesamten Jahr 2014 hatten etwa 4.000 Migranten ihr Leben bei der Überfahrt verloren (vgl. Ausgabe [8/14](#)).

Wie bei früheren Flüchtlingskatastrophen löste das Unglück auch dieses Mal in Politik und Gesellschaft große Betroffenheit aus, Politiker in ganz Europa befassten sich unmittelbar mit dem Thema (vgl. Ausgabe [8/13](#)). Zunächst tauschten sich die EU-Innen- und Außenminister auf ihrem turnusgemäßen gemeinsamen Treffen am 20. April aus und legten einen [Zehn-Punkte-Plan](#) vor. Auf einem eigens einberufenen Sondergipfel am 23. April diskutierten und präzisierten die EU-Staats- und Regierungschefs die Vorschläge und [verabschiedeten](#) eine Liste von Maßnahmen. Viele sind jedoch sehr vage formuliert oder wurden bereits in den vergangenen Jahren vereinbart – insbesondere nach dem Schiffsunglück vor Lampedusa –, aber nicht hinreichend umgesetzt (vgl. Ausgabe [8/13](#)). Demnach soll die Seenotrettung ausgebaut werden, indem das Finanzvolumen der von Frontex koordinierten Operation „Triton“ verdreifacht (bisher 2,9 Mio. Euro pro Monat) wird und mehr Schiffe eingesetzt werden. In dieser Hinsicht erreicht die „Triton“-Ausstattung somit die Dimensionen der Vorgänger-Operation „Mare Nostrum“, die von Italien als Reaktion auf die Lampedusa-Tragödie eingerichtet sowie weitgehend allein finanziert und durchgeführt

Kurzmeldungen – Europa I

Schweden: Mehr unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Die Zuwanderung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (vgl. Ausgabe [7/13](#)) nach Schweden ist auch 2014 weiter [angestiegen](#). Nach [Angaben](#) des schwedischen Statistikamtes haben im vergangenen Jahr rund 7.000 unbegleitete Minderjährige einen Asylantrag gestellt. Dies entspricht einem [Anstieg](#) von 83 % gegenüber 2013 (3.852) und ist fast 18 Mal so viel wie 2005 (398). Der Großteil stammt aus Afghanistan, Syrien, Somalia, Eritrea und Marokko. [In Deutschland](#) suchten im Jahr 2013 insgesamt 2.486 unbegleitete Minderjährige Schutz, Zahlen für 2014 liegen noch nicht vor. In einer EU-weiten [Studie](#) der europäischen Grenzschutzagentur Frontex aus dem Jahr 2010 wird die besonders starke Zuwanderung von minderjährigen Flüchtlingen nach Schweden auf die dort ansässige Diaspora verschiedener Zuwanderergruppen sowie die im europäischen Vergleich relativ liberale Auslegung des Asylrechts zurückgeführt. Schweden hat 2013 pro Kopf die meisten Asylbewerber aufgenommen, die Schutzquote war die zweithöchste innerhalb der EU (vgl. Ausgaben [7/14](#), [7/11](#)). *sta*

worden war. Sie war Ende 2014 eingestellt worden, unter anderem weil viele europäische Politiker, auch Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU), die Rettungsaktion als „Brücke nach Europa“ [kritisiert hatten](#). Im Gegensatz zu „Mare Nostrum“, dessen Einsatzgebiet deutlich größer war, bleibt das vorrangige Ziel von „Triton“, die EU-Außengrenzen zu sichern, statt Leben zu retten. Allerdings sind auch im Rahmen von „Triton“ die Schiffe verpflichtet, zu Hilfe zu eilen, wenn ein Notrufsignal abgesetzt wird. Seit Beginn der Operation am 1. November 2014 wurden rund 25.000 Migranten [gerettet](#) (vgl. Ausgabe [8/14](#)).

Neben der verstärkten Seenotrettung beschlossen die EU-Staats- und Regierungschefs zudem ein intensiveres Vorgehen gegen Schlepper. Es sollen „systematische Anstrengungen“ unternommen werden, „um Schiffe auszumachen, zu beschlagnahmen und zu zerstören, bevor sie von Schleppern eingesetzt werden“. Zudem soll die Kooperation mit Transitstaaten wie Tunesien, Ägypten, Sudan, Mali und Niger verstärkt werden, um sogenannte irreguläre Migrationsströme zu verhindern. Ein neues Programm für die rasche Rückführung von illegal eingewanderten Migranten aus den EU-Mitgliedstaaten an den Außengrenzen, das von der europäischen Grenzschutzagentur Frontex koordiniert wird, soll aufgebaut werden. Ferner soll die Nothilfe für die Mitgliedstaaten an den Außengrenzen erweitert werden. Dazu sollen Teams des Europäischen Asylunterstützungsbüros (EASO) für eine gemeinsame Bearbeitung von Asylanträgen in die Mitgliedstaaten an den Außengrenzen entsandt werden. Zudem soll

ein Pilotprojekt für die Neuansiedlung (Resettlement) von Flüchtlingen in der gesamten EU eingerichtet werden, den Mitgliedstaaten ist die Teilnahme allerdings freigestellt. Die Größe des Kontingents und die Frage der Verteilung wurden in dem offiziellen Beschluss nicht präzisiert, diskutiert wurde im Vorfeld jedoch ein Kontingent von 5.000 Flüchtlingen für die gesamte EU. Der Gipfel brachte insgesamt keinen Kurswechsel in der Europäischen Flüchtlingspolitik.

Zahlreiche Akteure bezogen nach der Katastrophe Stellung und reagierten auf die Beschlüsse des EU-Gipfels (siehe S. 8). Grundtenor der meisten Äußerungen war, dass die Beschlüsse des Rats zu einseitig auf die Abwehr von Migranten abzielen würden. So forderten unterschiedliche Akteure wie der Dachverband der europäischen Flüchtlingsorganisationen (ECRE), das Europäische Parlament in einer fraktionsübergreifenden Resolution sowie die UN-Kommissare für Flüchtlinge und Menschenrechte gemeinsam mit dem IOM-Direktor weitergehende Maßnahmen wie die Schaffung legaler Zuwanderungswege für Flüchtlinge durch humanitäre Visa oder den deutlichen Ausbau des Resettlement-Programms. Ferner sollte das Mandat von „Triton“ explizit auf Such- und Rettungsoperationen erweitert werden. Besonders kritisiert wurde der Fokus auf die Schlepper. Inwiefern die geplante Zerstörung von Booten auch umsetzbar ist, ist noch rechtlich ungeklärt. Der Leiter des Refugee Studies Center der Universität Oxford Andrew Betts sagte auf CNN, dass ein Zerstören der Boote nicht zum Stopp der illegalen Überfahrten führen würde, da es weiterhin einen „Bedarf“ für die irreguläre Einreise nach Europa geben werde. Vielmehr würde es voraussichtlich dazu führen, „dass noch unsicherere Boote zum Einsatz kämen, die Preise steigen und die Überfahrten noch gefährlicher würden“.

Nach Schätzungen von IOM und UN-Flüchtlingshilfswerk werden die Versuche, über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen, weiter anhalten und in den Sommermonaten voraussichtlich noch steigen. Allein am ersten Maiwochenende brachten europäische Schiffe mehr als 6.300 Bootsflüchtlinge in Sicherheit. Ursache hierfür sind Bürgerkriege wie in Syrien, die Millionen Menschen in die Flucht treiben (vgl. Ausgabe 9/14, 8/14, 6/14). Aufgrund der anhaltend instabilen Lage in Libyen können Schlepper relativ einfach von dort aus operieren. Deren Aktivitäten sind oft die einzige Hoffnung für Schutzsuchende, da so gut wie keine legalen Einreisewege existieren und Grenzbefestigungen die Landwege abriegeln (vgl. Ausgaben 5/14, 9/13, 1/11). Im Frühling und Sommer ist das Mittelmeer zudem ruhiger und wärmer, was die Überfahrt weniger gefährlich erscheinen lässt. Dass weitere Flüchtlingstragödien wahrscheinlich sind, ist auch den EU-Regierungschefs bewusst. Der Präsident des Europäischen Rates Donald Tusk sagte am 29. April vor dem Europäischen Parlament: „Wir machen uns keine Illusionen, ein schwieriger Sommer liegt vor uns“.

Kurzmeldungen – Europa II

Europa regelt Umgang mit Migranten ohne Aufenthaltspapiere

Zwei Entscheidungen europäischer Instanzen zeigen, dass nationale Regelungen zum Umgang mit undokumentierten Migranten nicht angewandt werden können, wenn sie europäischen Vorgaben widersprechen. Zum einen hat das Ministerkomitee des Europarats auf seiner turnusgemäßen Sitzung am 15. April bestätigt, dass die EU-Mitgliedstaaten sicherstellen müssen, dass jede Person auf ihrem Staatsgebiet Zugang zu Nahrung, Kleidung und Unterkunft hat. Dies gelte auch für Flüchtlinge ohne Aufenthaltspapiere, die nicht mit den Behörden kooperieren. Grundlage der Entscheidung (CM/ResChS(2015)4) war eine Beschwerde der Europäischen Dachorganisation für Wohnungslosenhilfe (FEANTSA) gegen den niederländischen Staat. Dieser wollte undokumentierten Einwanderern staatliche Unterstützung vorenthalten, wenn sie ihm für eine Abschiebung potenziell nützliche Informationen verweigern. Zum anderen hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) am 23. April entschieden, dass nationale Regelungen zur Abschiebung von undokumentierten Migranten nicht den vereinbarten europäischen Normen und Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger (Richtlinie 2008/115/EG) widersprechen dürfen (Az. C-38/14). Zuvor hatte ein spanisches Gericht die Abschiebung eines marokkanischen Staatsbürgers ausgesetzt, weil der irreguläre Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen nach spanischer Gesetzgebung „in erster Linie mit einer Geldbuße zu ahnden sei“ und eine Abschiebung erst bei erschwerenden Umständen angeordnet werden dürfe. Um die Effizienz von Rückkehrverfahren zu gewährleisten, sieht die Richtlinie 2008/115/EG jedoch vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die zur Durchführung der Abschiebung des Betroffenen erforderlich sind (vgl. Ausgabe 6/08). Um den Vorrang dieser gegensätzlichen Regelungen zu klären, wurde der EuGH angerufen. Dessen Richter entschieden nun, dass eine nationale Regelung wie die spanische nicht zur Anwendung kommen darf, weil sie die festgelegten gemeinsamen Normen und Verfahren der Europäischen Union unterlaufe und gegebenenfalls die Rückführung verzögere. *th*

Die europäischen Institutionen werden sich in den kommenden Wochen weiter mit dem Thema befassen. So wird die Kommission die langfristig strategisch ausgerichtete Europäische Agenda für Migration vorlegen (vgl. Ausgabe 2/15). Auf dem nächsten EU-Ratstreffen im Juni soll das Thema Flüchtlingsschutz wieder aufgegriffen werden. Für Mitte Mai kündigte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker die Vorstellung eines Vorschlags für die Verteilung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Europa an. *Marcus Engler*

„Kein Land kann die Flüchtlingsproblematik alleine lösen“

Das jüngste Flüchtlingsunglück hat Bestürzung und politische Entschlossenheit sowie Kritik an der Grenzschutzpolitik der Europäischen Union hervorgerufen. Wir dokumentieren die wichtigsten Reaktionen.

Reaktionen europäischer Politiker

»Heute ist das Mittelmeer die tödlichste Grenze der Welt. Auf jeden Flüchtling, der es an die europäische Küste schafft, kommen Unzählige, die ertrinken – wie viele genau werden wir nie wissen. Jedes vor unserer Küste verlorene Menschenleben ist ein Schandfleck für Europa. [...] Viele machen „die EU“ für den Tod der Flüchtlinge verantwortlich. Aber es gibt überhaupt keine EU-Migrationspolitik. Es gibt einen Flickenteppich aus 28 verschiedenen einzelstaatlichen Systemen. Über die Migrationspolitik wird nicht in Brüssel entschieden. Weil in den vergangenen 20 Jahren die Innenminister Ihrer Länder nicht in der Lage oder nicht willens waren, ein europäisches System zu entwickeln. Und weil es keine echte europäische Asyl- und Migrationspolitik gibt, verwandelt sich das Mittelmeer in einen Friedhof.«

Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments

»Zuerst wollen wir die Operationen „Triton“ und „Poseidon“ von Frontex stärken, um die Grenzen besser zu kontrollieren und Leben zu retten. [...] Parallel dazu sollten wir im Gegenzug den Markt für Schlepper austrocknen, indem wir Migranten Alternativen bieten. Etwa durch Resettlement für diejenigen, die wirklich schutzbedürftig sind, oder durch die Unterstützung der freiwilligen Rückkehr schon aus den sicheren Drittstaaten für jene, die nicht genuin schutzbedürftig sind. Wir sollten auch Maßnahmen ergreifen in Europa, um die besonders belasteten Mitgliedstaaten zu unterstützen.«

Dimitris Avramopoulos, EU-Kommissar für Migration, Inneres und Bürgerschaft

»Ich hätte gerne, dass alle, die jetzt mit uns einverstanden sind, für legale Migration zu plädieren und ein europäisches Quotensystem einzuführen, auch noch zu ihren heutigen Worten stehen, wenn die öffentliche Meinung sich wieder gedreht hat. Jeder weiß hier, dass der europäische Kontinent nicht die einzige und alleinige Anlaufstelle für die Armutsbekämpfung und Hungerbekämpfung in der Welt sein kann. Aber wir müssen als reichster Kontinent unseren Teil dazu beitragen, dass Menschen, die sich, von der Not getrieben, in Boote setzen, nicht vor unseren Küsten ertrinken. Das ist unsere gemeinsame Aufgabe!«

Jean-Claude Juncker, Präsident der EU-Kommission

Reaktionen aus der deutschen Politik

»Verbrecherische Schlepperbanden verdienen viel Geld mit der Reise bis an und über das Mittelmeer. Organisierte Banden überfüllen untüchtige Boote und überlassen die Menschen ihrem Schicksal. Die Bekämpfung der Schlepperbanden ist deshalb ein zentraler Punkt. [...] Klar ist, kein Land kann die Flüchtlingsproblematik alleine lösen. Wir brauchen nicht nur eine gemeinsame europäische Strategie, sondern auch eine bessere Verzahnung der Außen-, Innen- und Entwicklungspolitik in und zwischen den Mitgliedsstaaten ebenso wie mit den Herkunfts- und Transitstaaten. Hieran arbeiten wir mit Hochdruck. Denn wir dürfen uns nicht mit der Situation in der Region abfinden.«

Thomas de Maizière, Bundesinnenminister

»Wer Schlepperbanden wirksam das Handwerk legen will, der muss legale Wege für die Flüchtlinge eröffnen. Denn so richtig es ist, die Fluchtursachen zu bekämpfen, so wenig ist damit den Menschen geholfen, die heute ihr Leben aufs Spiel setzen müssen, um dem sicheren Tod in ihrer Heimat zu entkommen. [...] Deutschland und Europa müssen endlich anfangen, ihrer humanitären Verantwortung für Flüchtlinge gerecht zu werden.«

Britta Haßelmann, Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

»Die EU-Beschlüsse sind gleichbedeutend mit der Ankündigung weiterer Tragödien. Faktisch nehmen die Regierungen der EU-Staaten in Kauf, dass auch in Zukunft Tausende von Flüchtlingen qualvoll im Mittelmeer sterben. Mit der Verdreifachung der Mittel für die Operation „Triton“ wird gerade einmal das Budget erreicht, mit dem zuvor die Rettungsoperation „Mare Nostrum“ ausgestattet war. Um Rettungsmaßnahmen geht es bei Frontex aber gerade nicht. [...] Der einzige Auftrag von Frontex lautet, die Grenzen zu sichern, also Abschottung zu gewährleisten. Ob Flüchtlinge vor dem Untergang gerettet werden, bleibt damit dem Zufall überlassen. Es wäre ein Gebot der Humanität, die Millionen, die die EU in die angekündigten Militäroperationen

Perspektiven der EU-Flüchtlingspolitik

Die Redaktion hat den innen- beziehungsweise flüchtlingspolitischen Experten aller Fraktionen im Europäischen Parlament einen Fragenkatalog zu Perspektiven der EU-Flüchtlingspolitik vorgelegt. Bis zum Redaktionsschluss lagen uns die Antworten von **Birgit Sippel** (S&D, sozialdemokratisch) und **Alexander Graf von Lamsdorff** (ALDE, liberal) sowie von **Gabriele Zimmer** (GUE-NGL, Linke) und **Ska Keller** (Grüne/EFA) vor. Die Antworten sind direkt verlinkt, Sie finden sie außerdem unter www.migration-info.de.

stecken will, für proaktive Such- und Rettungsmaßnahmen bereitzustellen. Ein Krieg gegen Schleuser wird nur für weiteres Elend sorgen und die Flüchtlinge auf noch gefährlichere Fluchtwege zwingen. Denn die Not, vor der sie fliehen, ist größer als ihre Sorge vor den Risiken der Überfahrt nach Europa.«
Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Die Linke

»Die Beschlüsse des EU-Sondergipfels sind ein Schritt in die richtige Richtung, greifen aber zu kurz. Die Rettung von Menschenleben muss absolute Priorität haben. Hierzu muss eine echte Seenotrettungsmission nach dem Vorbild von „Mare Nostrum“ aufgelegt werden, deren Einsatzgebiet bis vor die Küste Afrikas reicht. Die jetzt beschlossene Erhöhung der finanziellen Mittel für die Grenzschutzmission „Triton“ reicht nicht aus, um das Sterben im Mittelmeer zu verhindern.«

Christine Lambrecht, Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion

»Die Beschlüsse der Staats- und Regierungschefs sind die richtige Antwort Europas auf die Flüchtlingsdramen im Mittelmeer. Zuallererst muss den Menschen geholfen werden, damit sie nicht ertrinken. Die Verdreifachung der Mittel für die Seenotrettung ist absolut richtig, dies gilt es zügig umzusetzen. [...] Die Schleuserbanden sind ein großes Übel, die für horrendes Geld die Flüchtlinge in Nusschalen setzen und dann ihrem Schicksal überlassen. Deshalb muss diesen Verbrechern das Handwerk gelegt, ihren Einnahmen der Boden entzogen werden. [...] Richtig ist auch, abgelehnte Asylbewerber schneller abzuschieben. Hier sind die Bundesländer in der Pflicht. Es ist gegenüber den tatsächlich Verfolgten nicht fair, alle in Deutschland zu lassen. [...] Von entscheidender Bedeutung ist für uns weiterhin die gerechtere Verteilung der Flüchtlinge innerhalb der Europäischen Union.«

Thomas Strobl, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Reaktionen von Organisationen

»Die EU muss ihre Flüchtlingspolitik an den Menschenrechten neu ausrichten, statt weiter auf Abschottung zu setzen. [...] Die europäische Flüchtlingspolitik produziert die Schlepperkriminalität, da die Flüchtlinge selbst aus Bürgerkriegsstaaten wie Syrien ohne die Dienste der Schlepper keine Chance haben, die bestehenden Hürden der Festung Europa zu überwinden.«
Deutsches Institut für Menschenrechte

»Es reicht nicht, die Anzahl europäischer Schiffe auf See zu erhöhen, wenn sie in erster Linie die Grenzen Europas schützen sollen, statt die Menschen auf See zu retten, die bei dem Versuch sterben, nach Europa zu gelangen. Die EU-Politiker sollten für die Einsätze ein eindeutiges Such- und Rettungsmandat erlassen. [...] So lange Europa keine sicheren und

legalen Einwanderungsmöglichkeiten schafft, werden die Menschen, die vor Gewalt und Verfolgung fliehen, weiterhin ihr Leben auf dem Meer riskieren.«
Kenneth Roth, Direktor von Human Rights Watch

»Seenotrettung ja, aber ohne die notwendige Ausdehnung des Radius' und unter der Ägide von Frontex, einer Grenzschutzagentur, die kein Such- und Rettungsdienst ist. Schmugglerbekämpfung mit geheimdienstlichen, polizeilichen und militärischen Mitteln, die wenig nutzen wird, weil die Schleuser auf immer gefährlichere und teurere Routen ausweichen, und dies so lange tun werden, wie es keine sicheren und legalen Wege für Flüchtlinge gibt. Kooperation mit den Herkunftsstaaten: mit dem erklärten Ziel zu verhindern, dass potenzielle Migranten Zugang zum Mittelmeer erhalten. [...] Legale und geschützte Zugangswege, die eine echte Alternative zu den gefährlichen Routen über das Mittelmeer böten, fehlen komplett.«

Prof. Dr. Petra Bendel, Netzwerk Flüchtlingsforschung

»Die Antwort der Europäischen Union muss über den minimalistischen Ansatz des Zehn-Punkte-Plans hinausgehen, der vor allem darauf abzielt, die Ankunft von Migranten und Flüchtlingen an den europäischen Küsten einzudämmen. An erster Stelle sollten die Sicherheit, das Schutzbedürfnis und die Menschenrechte aller Migranten und Flüchtlinge stehen. EU-Politiker müssen über die aktuelle Lage hinausdenken und eng mit den Transit- und Herkunftsstaaten kooperieren, um sowohl die unmittelbare Not der Migranten und Flüchtlinge als auch die vielen anderen Faktoren, die sie zum Mittel einer solch verzweifelten Seereise greifen lassen, zu lindern. Allein ein stärkerer Grenzschutz wird das Problem der irregulären Migration nicht lösen, sondern könnte vielmehr die Risiken und den Missbrauch von Schutzsuchenden erhöhen.«

Gemeinsame Erklärung von William Lacy Swing, Direktor der Internationalen Organisation für Migration; Zeid Ra'ad Al Hussein, UN-Menschenrechtskommissar; António Guterres, UN-Flüchtlingshochkommissar; Peter Sutherland, Sondergesandter des UN-Generalsekretärs für Migration und Entwicklung

»Auf dem EU-Gipfel wurde viel von der Rettung von Menschenleben gesprochen, aber wenig dafür getan. Der Beschluss ist ein weiteres Aussitzen der humanitären Katastrophe auf dem Mittelmeer und wird in den nächsten Monaten viele weitere Menschenleben kosten. [...] Die beschlossene Verdreifachung des Etats für die Frontex-Operationen „Triton“ und „Poseidon“ ist keine Antwort auf die humanitäre Katastrophe im Mittelmeer. [...] „Mare Nostrum“ wieder aufzunehmen, das wäre die richtige Sofortmaßnahme gewesen, bis eine gemeinsame europäische Seenotrettung aufgebaut ist.«

Selmin Çalişkan, Generalsekretärin von Amnesty International Deutschland

Widersprüchliche Signale aus Griechenland in Flüchtlingsfragen

Immer mehr Flüchtlinge erreichen die griechische Küste. Vor dem Hintergrund der finanziell angespannten Situation kündigte Regierungssprecher Gavriil Sakellaridis an, irreguläre Migranten würden mit den nötigen Papieren zur Weiterreise innerhalb der EU ausgestattet. Anlass zur Nachfrage bei der griechischen Migrationsforscherin Anna Triandafyllidou vom European University Institute in Florenz.

Nach Angaben der griechischen Küstenwache erreichten im ersten Quartal 2015 viermal so viele Schutzsuchende griechisches Ufer wie im Vorjahreszeitraum. Die Regierung von Ministerpräsident Alexis Tsipras (Syriza) sieht sich daher mit enormen logistischen und politischen Problemen konfrontiert. Es fehlen Unterkünfte für die Flüchtlinge, auch weil Tsipras umstrittene Internierungslager wie das Amygdaleza-Camp, die von Menschenrechtsorganisationen, dem Europarat und Wissenschaftlern als menschenunwürdig kritisiert worden waren (vgl. Ausgaben 8/14, 5/13), auflösen ließ. Die Schutzsuchenden dürfen sich nun frei bewegen und wurden teilweise auf eigenen Wunsch in die Hauptstadt befördert, wo sie in Zelten und Notunterkünften untergebracht sind. Für Irritation sorgten Aussagen des Regierungssprechers Gavriil Sakellaridis Anfang April, nach denen irreguläre Migranten mit den nötigen Papieren zur Weiterreise innerhalb der EU ausgestattet würden. Dies wurde von der Regierung umgehend dementiert. Die griechische Migrationsforscherin Anna Triandafyllidou betont im Gespräch, dass Griechenland momentan kaum Mittel hat, eine menschenwürdige Versorgung von Flüchtlingen zu gewährleisten.

Frau Professor Triandafyllidou, warum steigen die Flüchtlingszahlen in Griechenland aktuell so stark an?

Ich denke, dass dies die gleichen Ursachen hat wie anderswo: Auch in Italien steigen die Ankunfts zahlen zurzeit dramatisch an. Das Wetter wird milder, die Schleusernetzwerke in Libyen und anderen Regionen entwickeln sich und die Menschen fliehen weiter vor Gewalt, Not und Hoffnungslosigkeit in ihren Herkunftsländern. Es gibt meines Erachtens keine speziell griechische Ursache dafür.

Dennoch wurden nur aus Griechenland Äußerungen laut, Schutzsuchenden die Weiterreise in andere EU-Mitgliedstaaten zu ermöglichen.

Die Drohungen des nationalistischen Verteidigungsministers [Panos Kammenos (Anexarti Ellines, rechtspo-

Kurzmeldungen – Welt I

Syrien: Lage von Flüchtlingen verschlechtert sich

Vier Jahre nach dem Ausbruch des Krieges in Syrien verschlechtert sich die Lage für die Flüchtlinge in der Region und im Land zunehmend. Nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) haben inzwischen vier Mio. Flüchtlinge in den Nachbarländern Zuflucht gesucht, weitere acht Mio. seien innerhalb Syriens auf der Flucht. Wie das UNHCR mitteilte, seien die Nachbarländer nicht mehr in der Lage, alle Flüchtlinge angemessen mit Unterkunft, Nahrung, Arbeit oder Bildung zu versorgen (vgl. Ausgaben 8/14, 4/14). Die Flüchtlingskrise treffe vor allem die Schwächsten. Während Syrien vor dem Krieg eine Alphabetisierungsrate von 95 % aufwies, sei die Einschulungsrate im Land inzwischen weltweit mit am niedrigsten. Auch in den Nachbarländern würde fast die Hälfte der über zwei Mio. syrischen Flüchtlingskinder nicht zur Schule gehen können. Zudem verschärft sich die Bedrohungssituation im Land aufgrund des Vormarschs der extremistischen IS-Milizen und ihrer kämpferischen Auseinandersetzungen mit anderen bewaffneten oppositionellen Gruppen, mit Regierungstruppen sowie mit der kurdisch-jesidischen Minderheit. Inzwischen sind laut UNHCR-Angaben fast alle Teile des Landes in Kämpfe verwickelt, was Frontenverschiebungen und Mehrfachvertreibungen von Zivilisten zur Folge hat. *fr*

pulistisch), A. d. Red.], die Grenzen zu öffnen und alle Dschihadisten unter den Asylsuchenden in die westlichen beziehungsweise nördlichen Länder Europas zu lassen, sind in jedem Fall nicht ernst zu nehmen. Diese Aussagen dienen innenpolitischen Zwecken und sind seine persönliche Meinung. Mit Sicherheit hat die griechische Regierung keinerlei derartige Intentionen.

Zumindest entlässt die griechische Regierung Flüchtlinge aus menschenunwürdigen „Internierungslagern“. Warum bietet sie ihnen im Gegenzug keine neue Unterkunft an?

Die Tatsache, dass Griechenland den Asylsuchenden keine Unterkunft stellen kann, sollte niemanden überraschen. Das Land kann derzeit nicht einmal den eigenen ärmsten Bürgern eine Unterkunft finanzieren. Zugleich drängt die neue Regierung Bürgermeister im ganzen Land, Flüchtlinge in ihren Kommunen aufzunehmen. Das ist ein erster wichtiger Schritt. Viele der Flüchtlinge, vor allem jene aus Syrien, gehören der Mittelschicht an und wollen in Europa Arbeit sowie eine Zukunft für ihre Familien finden. Das ist in Griechenland zurzeit aber kaum möglich. Die geringen Asylantragszahlen in Griechenland und die hohen Antragszahlen in Deutschland und Schweden bei gleichzeitig umgekehrter Situation der Erstaufnahme belegen, dass diese Menschen aufgrund der wirtschaftlichen Situation hier keine Zukunft für sich sehen.

Hat das Dublin-System Ihrer Ansicht nach eine Zukunft?

Die Situation zeigt, dass Dublin-III kein funktionierendes Instrument der Asylsteuerung ist und dass Europa langfristig ein gemeinsames Asylsystem braucht. Mittelfristig jedoch muss ein Anstieg der finanziellen Hilfen der EU für die südlichen Aufnahmeländer erfolgen, unter anderem für die Errichtung einer funktionierenden Asylinfrastruktur (vgl. Ausgaben [7/14](#), [4/13](#)).

Die Fragen stellte Fatma Rebecciani.

Kenia: Weltweit größtes Flüchtlingslager vor dem Aus?

Nach dem Anschlag auf das University College in Garissa am 2. April mit 147 Toten hat die Regierung in Nairobi angekündigt, das weltweit größte Flüchtlingslager in Dadaab zu schließen. Davon betroffen wären circa 350.000 Flüchtlinge aus dem Nachbarland Somalia.

Mit dem Anschlag, bei dem überwiegend nicht-muslimische Personen sowie die Angreifer selbst ums Leben kamen, wollte die islamistische Al-Shabaab-Miliz Kenia zum Abzug seiner Truppen aus Somalia zwingen. Kenia beteiligt sich an der Mission der Afrikanischen Union in Somalia (AMISOM) gegen die Al-Shabaab-Miliz, die in dem Land am Horn von Afrika immer wieder terroristische Anschläge verübt.

Nach dem Anschlag reagierte Kenia mit Luftangriffen gegen die Miliz in Somalia sowie der Entsendung von weiteren knapp 5.000 Soldaten in das Nachbarland. Vize-Präsident William Ruto (United Republican Party) forderte am 11. April das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) dazu auf, das nach Ausbruch des Bürgerkrieges in Somalia im Jahre 1991 gegründete Flüchtlingslager in Dadaab innerhalb der nächsten drei Monate zu schließen. Andernfalls wolle man das Lager selbst auflösen. Kenia vermutet, dass sich in dem Lager weitere somalische Terroristen, insbesondere Mitglieder und Unterstützer von Al-Shabaab, aufhalten und von dort agieren.

Das UNHCR kritisierte Kenias Vorhaben scharf und wies auf die humanitären und praktischen Konsequenzen hin, die eine Schließung oder Verlagerung des Auffanglagers mit sich bringen würde. Sprecherin Karin de Gruijl sicherte Kenia die Unterstützung des UNHCR zu, wenn es darum gehe, Flüchtlinge sowie Kenianer gegen das Eindringen von bewaffneten Akteuren aus dem Nachbarland zu schützen. Auch Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen wie Ärzte ohne Grenzen, Human Rights Watch und Amnesty International sprachen sich gegen die Schließung des Lagers aus.

Kurzmeldungen – Welt II

Südafrika: Erneut fremdenfeindliche Gewalt

Bei den stärksten Ausschreitungen mit fremdenfeindlicher Gewalt seit 2008 (vgl. Ausgabe [5/08](#)) sind Mitte April sechs Menschen getötet worden, mehr als 5.000 wurden nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) vertrieben und haben in Notunterkünften Schutz gesucht. Die meisten gewaltsamen Übergriffe auf als Ausländer wahrgenommene Menschen ereigneten sich in und um die Stadt Durban an der Ostküste Südafrikas. Erst im Januar dieses Jahres waren bei Angriffen auf von Ausländern geführte Läden in Johannesburg vier Menschen ums Leben gekommen. Präsident Jacob Zuma (Afrikanischer Nationalkongress, ANC) verurteilte die Gewalt und beauftragte mehrere Minister sowie lokale Behörden, Strategien zur Eindämmung der Gewalt auszuarbeiten. Er betonte, dass die Regierung alles unternehme, Ausländer zu schützen. Gleichzeitig bekräftigte er, dass Flüchtlinge und Asylsuchende in Einklang mit internationalem Recht und in Zusammenarbeit mit dem UNHCR unterstützt würden. Die Nelson Mandela Stiftung und die Ahmed Kathrada Stiftung, die sich im Andenken an ihre Namensgeber für Demokratie und Menschenrechte einsetzen, verurteilen die ausländerfeindliche Gewalt in einer gemeinsamen Erklärung ebenfalls und mahnten an, dass südafrikanische Regierungen es viel zu lange versäumt hätten, etwas gegen fremdenfeindliche Einstellungen in der Bevölkerung zu unternehmen. Die zwischen drei und fünf Mio. im Land lebenden Migranten, die überwiegend aus benachbarten Staaten stammen, werden von vielen Südafrikanern als Konkurrenten um Arbeitsplätze wahrgenommen und sind regelmäßig starken Anfeindungen ausgesetzt (vgl. Ausgabe [2/15](#)). *vh*

Das Auffanglager Dadaab ist circa 100 Kilometer von der somalischen Grenze entfernt und besteht aus fünf Camps rund um den gleichnamigen Ort. Ursprünglich wurde es für 90.000 Menschen errichtet, aufgrund der anhaltenden politischen Instabilität und in Folge schwerer Hungersnöte in Somalia stieg die Anzahl der Flüchtlinge in den Folgejahren jedoch stark an (vgl. Ausgaben [9/14](#), [6/13](#), [7/11](#)). Inzwischen leben in Dadaab nach Angaben des UNHCR 335.565 Personen. Viele davon sind Frauen und Kinder, deren Situation in Somalia besonders prekär ist (vgl. Ausgabe [8/14](#)).

Die kenianische Regierung unternahm bereits häufiger den Anlauf, somalische Flüchtlinge in ihr Herkunftsland rückzuführen. Im November 2013 wurde ein Dreierabkommen zwischen den Regierungen Kenias und Somalias sowie dem UNHCR geschlossen, in dem ein Rahmenplan für die freiwillige Rückkehr der Flüchtlinge vereinbart wurde (vgl. Ausgabe [9/14](#)). Die Pilotphase startete im Dezember 2014. Die Umsetzung des Abkommens scheitert nach Aussagen des

UNHCR bislang vor allem daran, dass die somalischen Flüchtlinge nicht freiwillig zurückkehren wollen. Eine groß angelegte sichere Rückführung sei zudem aufgrund der anhaltend instabilen politischen Lage noch immer nicht gewährleistet. Die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 fordert eine echte freiwillige Rückkehr ohne Druck durch die Regierung. Andernfalls ist die Einhaltung internationaler Rechtsvorschriften gefährdet. Aktuell plant die kenianische Regierung, einen 700 Kilometer langen Grenzwall zu errichten. Dieser soll das Eindringen somalischer Islamisten künftig verhindern.

Die aus verschiedenen Clans zusammengesetzte Al-Shabaab-Miliz gilt nach eigenen Angaben seit Februar 2012 als regionaler Ableger des islamistischen Terrornetzwerks Al-Qaida (vgl. Ausgabe 8/14). Sie kämpfte im somalischen Bürgerkrieg zwischen 2006 und 2009 gegen die äthiopischen Truppen und seit 2009 auch gegen die Übergangs- und Nachfolgeregierungen. Dabei hat die Miliz ihren Aktionsradius auch immer wieder auf die Nachbarländer ausgeweitet, um die Unterstützung der AMISOM in der Bevölkerung der beteiligten Staaten zu schwächen und neue Kämpfer zu rekrutieren.

Uta Lehmann ist Doktorandin am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück.

Infothek

TIPP AUS DER REDAKTION

Andrea Di Nicola, Giampaolo Musumeci: **Bekenntnisse eines Menschenhändlers. Das Milliardengeschäft mit den Flüchtlingen.** Kunstmann 2015. 18,95 €. ISBN 978-3-95614-029-7. www.kunstmann.de

Auf die jüngste Flüchtlingstragödie im Mittelmeer hatten die europäischen Innenminister vor allem eine Antwort: die Schlepperkriminalität müsse stärker bekämpft werden. Was das genau heißt, darüber wird heftig gestritten. Um die Schleuser und deren Motive geht es dabei kaum, entsprechend eindimensional bleibt der Blick auf das Phänomen der Schleuserkriminalität. Der italienische Kriminologe Andrea Di Nicola und der Fotograf Giampaolo Musumeci weiten mit ihren Recherchen entlang der Hauptmigrationsrouten nach Europa den Blick. Sie haben in Libyen, Griechenland, Italien, Kroatien und der Türkei mit

Flüchtlingen, Mittelsmännern und Schleusern sowie Ermittlungsbeamten und Staatsanwälten gesprochen, um die Geschichte des lukrativen Milliarden-geschäfts mit den Flüchtlingen zu recherchieren. Dahinter steckt ein hoch professionelles, flexibles und global agierendes Netzwerk „mit eigenen Regeln“, in dessen Zentrum „mächtige Berufsverbrecher“ die Fäden des organisierten Verbrechens ziehen, Männer wie der Kroatier Josip Loncaric, der mit seinen Verbindungen jahrelang die chinesische Einwanderung nach Europa kontrollierte. Di Nicola und Musumeci decken anhand von Augenzeugenberichten nicht nur die Funktionsweise „der größten durchorganisierten illegalen Reiseagentur der Welt“ auf, sondern machen auch die wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Mechanismen sichtbar, die dafür sorgen, dass dieser Agentur nicht die Kunden ausgehen. *th* **Eine ausführliche Rezension finden Sie unter www.migration-info.de.**

PUBLIKATIONEN

Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien/Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.):

Die Einheit der Verschiedenen: Integration in der postmigrantischen

Gesellschaft. Kurzdossier

Nr. 28. Focus Migration. April

2015. Autorin: Naika Forou-

tan. ISSN 1864-5704.

Das Integrationsbemühen in Deutschland hat sich lange Zeit nur auf Migranten und deren Nachkommen konzentriert. Dabei sind ganze Teile der Mehrheitsbevölkerung aus dem Fokus geraten, die sich in diesem „neuen“ Deutschland fremd und gesellschaftlich desintegriert fühlen. Aber wie wollen und wie können wir in einer Gesellschaft zusammenleben, die durch Vielfalt gekennzeichnet ist? Eine Annäherung.

Kostenlos abrufbar unter www.bpb.de

Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien/Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.):

Argentinien. Länderprofil Nr. 32. Focus Migration.

März 2015. Autor: Thomas Maier. ISSN 1864-6220.

Kostenlos abrufbar unter www.bpb.de

Darüber hinausgehende Publikations- sowie Veranstaltungshinweise finden Sie auf unserer Website www.migration-info.de



Impressum

Herausgeber: Netzwerk Migration in Europa e. V., Limonenstraße 24, 12203 Berlin

E-Mail: mub@migration-info.de; ISSN: 1435-7194

Redaktion: Vera Hanewinkel (verantw., vh), Thomas Hummitzsch (verantw., th), Stefan Alscher (sta), Marcus Engler (me), Janne Grote (jg), Ellen Kollender (ek), Stephan Liebscher (sl), Rainer Ohliger (ro), Ulrike Pape (up), Fatma Rebgiani (fr), Antje Scheidler (as), Dita Vogel (dv), Sybil Volks (sv)

Redaktionsschluss: 07.05.2015 **Bestellung:** www.migration-info.de/newsletter

Die Herausgabe des Newsletters „Migration und Bevölkerung“ erfolgt in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Die darin veröffentlichten Beiträge geben nicht unbedingt die Ansicht der bpb wieder.